

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1946 bis 1988

Band 9

Das Märchen von Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und historischer Wahrheit ...

Band 9/104

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Teil 1

Sie reißen Äcker an sich und nehmen Häuser wie's gelüftet. So treiben sie Gewalt mit eines jeden Hause und mit eines jeden Erbe.

Micha 2, 2

Die deutschen Vertriebenen in Mittel- und Westdeutschland (1945)

Churchill, der neue Oppositionsführer (ein ehemaliger Befürworter der Vertreibungspolitik), beklagte am 16. August 1945 vor dem britischen Unterhaus die Ausweisung der Deutschen aus dem "neuen Polen" und der CSR (x028/128,178): >>... Besonders beschäftigen mich in diesem Augenblick die Berichte, die uns über die Bedingungen zukommen, unter denen die Vertreibung und der Auszug der Deutschen aus dem neuen Polen durchgeführt werden. Vor dem Krieg lebten acht bis neun Millionen Menschen in diesen Gebieten. Die polnische Regierung sagt, von diesen befänden sich noch 1.500.000, die bisher nicht vertrieben wurden, innerhalb der neuen Grenzen. Andere Millionen müssen hinter den britischen und amerikanischen Linien Zuflucht genommen haben, wodurch sie die Lebensmittelknappheit in unserer Zone erhöhen.

Über eine riesige Anzahl fehlt jede Nachricht. Wohin haben sie sich gewandt, was war ihr Schicksal? Die gleichen Zustände können sich in veränderter Form bei der Ausweisung einer großen Anzahl Sudetendeutscher und anderer Deutscher aus der Tschechoslowakei wiederholen.

Spärliche und vorsichtige Berichte über die Dinge, die vor sich gingen und gehen, sind durchgesickert; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes sich hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig entzweischneidet, abspielt. ...<<

>>... Ich muß meine persönliche Meinung zu Protokoll geben, daß die Polen zugestandene, provisorische Westgrenze, die ... ein Viertel des Ackerlandes ganz Europas umschließt, kein gutes Vorzeichen für die künftige Karte Europas ist. ...<<

Der Alliierte Kontrollrat (AKR) stimmte am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737).

Der AKR setzte ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollten (x111/106):

Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.

US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.

Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.

Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz hatte man zwar ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten, aber obwohl die Vertreiberstaaten ständig versicherten, daß sie die Umsiedlungen vereinbarungsgemäß durchführen würden, hielt sich oftmals niemand an diese Zusagen.

Die staatlich organisierte Aussiedlungsaktion der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete zunächst im Jahre 1951.

In erster Linie wurden besonders lästige Elemente (arbeitsunfähige ältere Menschen, Behinderte, Kinder, unqualifizierte Arbeiter und bereits enteignete Deutsche) ausgesiedelt. Deutsche Spezialisten, die z.B. in der Versorgungswirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerke), in Krankenhäusern und Fabriken benötigt wurden, um die Produktion zu gewährleisten, wurden jahrelang von der Aussiedlungsaktion ausgeschlossen.

Im Winter 1945/46 wurden die Vertreibungstransporte unter besonders katastrophalen Umständen abgewickelt. Frauen, Kinder und alte Menschen wurden damals trotz eisiger Kälte ohne ausreichende Kleidung und Verpflegung in den Westen abgeschoben. Während der tagelangen Transporte in ungeheizten Viehwaggons erfroren oder verhungerten Tausende.

Diese Vertreibungskatastrophen wurden in der Nachkriegszeit kaum beachtet, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges waren nicht wenige Menschen hoffnungslos abgestumpft und verroht. In den gnadenlosen Kriegsjahren hatte man zu viel Elend und Leid gesehen oder persönlich erlebt.

Erst nachdem die Nordamerikaner und Briten im Jahre 1946 energischer gegen die unmenschlichen Transportbedingungen protestierten, wurde die Behandlung der deutschen Vertriebenen erträglicher und die Sterblichkeits- und Krankheitsrate sank beträchtlich.

Die Vertreibung bzw. "Umsiedlung" der Deutschen wurde von 1945-1951 in mehreren Etappen durchgeführt:

Polen und ehemalige deutsche Ostgebiete: 1945 = 650.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1946 = 2.000.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1947 = 500.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1948 = 150.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1949 = 150.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche und 1950-1951 = 50.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche (x001/155E).

Böhmen und Mähren: 1945-1950 = 2.909.400 vertriebene Sudeten- und Karpatendeutsche (x004/135).

Ungarn: 1946-1948 = 200.000 vertriebene Volksdeutsche (x008/72E).

Bei der Volkszählung vom 13. September 1950, die etwa mit dem Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen zusammenfiel, wurden in der Bundesrepublik Deutschland 7.977.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene gezählt. Diese Zahl erhöhte sich bis zur Volkszählung 1970 auf 9.598.000 und bis 1985 auf 10.750.000 (x088/14).

Rd. 3.200.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene wurden nach dem Kriege in die SBZ (spätere DDR) "umgesiedelt" (x148/132).

Nach Angaben des "Bundesausgleichsamtes (Stand: Ende 1987)" hielten sich bis 1950 außerdem 400.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene in Österreich auf.

Von 1950 bis 1984 kamen 1.259.189 Spätaussiedler aus den östlichen Vertreibungs- und Deportationsgebieten in die Bundesrepublik Deutschland (x024/301).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-136E-140E,143E-147E): >>Obwohl die Ausweisung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße-Linie nur die Endphase jener Ereignisse darstellt, die insgesamt die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung ausmachen, und obwohl sie für viele der Betroffenen geradezu

das Ende eines unerträglichen Zustandes und die Erlösung von unsäglichen Verfolgungen und Leiden heraufführte, ist sie das eigentliche Zentralereignis im Vertreibungsschicksal der Ostdeutschen.

Alle vorhergegangenen Ereignisse werden - wie am Phänomen der Flucht bereits dargelegt wurde - ja nur deshalb zum Gesamtprozeß der Vertreibung gehörig betrachtet, weil sie am Ende alle in die Ausweisung mündeten. Entweder waren sie, wie die Verfolgungen und Diskriminierungen unter russischer und polnischer Herrschaft, der Ausweisung unmittelbar vorgegangen und hatten teils bewußt auf sie hingeeilt, oder sie erhielten, wie die Flucht vor der Roten Armee, erst durch den Beschluß der Ausweisung den Charakter gewaltsamer Vertreibung.

Der Beschluß der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung, der aus den Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion und den Vertretern Polens gewissermaßen als ein Nebenergebnis hervorgegangen war, wird durch die Lawine von Ereignissen, die er auslöste, für den rückschauenden Betrachter zu einer der folgenreichsten Maßnahmen, die am Ende des Krieges getroffen worden sind. Aus den Bemühungen, den Ansprüchen Sowjetrußlands auf Ostpolen Genüge zu tun, und dort gleichzeitig ein starkes Polen zu schaffen und dessen Gebietsverlust im Osten durch einen erheblichen Zuwachs im Norden und Westen auszugleichen, war die Idee der Oder-Neiße als polnischer Westgrenze entstanden.

Wollte man aber diese Verlagerung des polnischen Staatsgebietes von Osten nach Westen für die Vertreter Polens überhaupt schmackhaft machen, so ergab sich die Notwendigkeit, für die polnische Bevölkerung aus dem Rußland überantworteten Gebieten östlich der Curzon-Linie neue Wohngebiete in Ostdeutschland zu schaffen. Dies aber machte, so argumentierte man mit erstaunlicher Logik weiter, hinwieder die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung nötig. Das Ganze erschien dann nur als harmloser und durchaus nicht unmenschlicher "Bevölkerungsaustausch" oder "Bevölkerungstransfer".

Die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung war so das Schlußglied einer langen Kette von Neuordnungen auf der politischen und ethnographischen Landkarte Ostmitteleuropas, die in Ostpolen ihren Anfang nahmen, aber allesamt auf der Voraussetzung der Übergabe Ostdeutschlands an Polen basierten. Es muß hinzugefügt werden, daß die Forderung der Annexion von Teilen Ostdeutschlands schon in der polnischen Kriegspolitik und Kriegspropaganda, unabhängig von der späteren Kompensationsidee, einen festen Programmpunkt bildete.

Sowohl die wirtschaftlichen und politischen Folgen, die eine Abtrennung Ostdeutschlands bei gleichzeitiger Verpflanzung seiner Bevölkerung nach dem Westen für das verbleibende Restdeutschland und darüber hinaus für ganz Europa haben mußte, ebenso wie die humanitäre und rechtspolitische Seite dieser Aktionen sind in den Jahren 1943/44, als der Gedanke der Oder-Neiße-Linie und der Ausweisung sich zu einem Programm verfestigte, kaum bedacht worden, da die Niederrichtung des nationalsozialistischen Deutschland die Kriegspolitik der Alliierten ausschließlich bestimmte.

Die ohnehin in jedem Kriege festzustellende Erhitzung der Stimmungen steigerte sich unter den Gegnern Deutschlands im zweiten Weltkrieg durch die nationalsozialistischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten und verstärkte die Neigung zu radikalen und unüberlegten Gewaltmaßnahmen. Nur daraus kann man es verstehen, daß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westmächte sich zu einer Nachkriegspolitik bereifinden konnten, die die gewaltsame Aussiedlung von vielen Millionen Deutschen vorsah.

Wohl meldete noch vor Kriegsende auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945) vor allem Churchill ernste Bedenken gegen ein solches Vorgehen an. Doch auch sie richteten sich nur gegen das übergroße Maß der polnischen Gebietsforderungen, nicht etwa prinzipiell gegen die Ausweisung als solche.

Im Prinzip war man sich unter den Gegnern Deutschlands über die Ausweisung der ostdeut-

schen Bevölkerung aus den an Polen abzutretenden östlichen Teilen des Reiches schon seit Teheran einig. Man meinte sogar, auf diesem Wege gleichzeitig ein für allemal mit dem deutsch-polnischen Minderheitenproblem "reinen Tisch machen" zu können, das seit dem ersten Weltkrieg schon mehrfach Gegenstand internationaler Verhandlungen gewesen war und den Ausbruch des zweiten Weltkrieges mit ausgelöst hatte.

Für eine Radikallösung schienen auch geschichtliche Vorbilder namhaft gemacht werden zu können. So berief sich der Präsident der USA ausdrücklich auf das Beispiel der Aussiedlung der Griechen aus der Türkei im Jahre 1923, die außenpolitisch in der Tat zur Befriedung geführt hatte, für die betroffene Bevölkerung aber mit schwersten Leiden verbunden war.

Zweifellos war auch die nationalsozialistische Politik nicht schuldlos daran, daß überhaupt Maßnahmen wie die der Umsiedlung und Verpflanzung millionenzähliger Volksgruppen als Mittel zur Erreichung einer politischen Neuordnung betrachtet wurden. Schon gleich nach dem deutsch-polnischen Krieg von 1939 hatte sie die Aussiedlung von Polen aus Westpreußen und der früheren Provinz Posen begonnen, diese Aktion allerdings sehr bald, bevor sie größere Ausmaße annahm, abgebrochen.

Viel konsequenter wurde aber die Rücksiedlung deutscher Volksgruppen, z.B. aus dem Baltikum, Bessarabien, der Bukowina, betrieben. Sie beruhte zwar auf vertraglichen Abmachungen und wurde teilweise als Bevölkerungsaustausch deklariert, das Beispiel der Entwurzelung und Nomadisierung, der Verdrängung einheimischer Bevölkerung, um für eine andere Platz zu schaffen, hatte sie jedoch gegeben, selbst wenn man ihr zugute halten muß, daß die umgesiedelten deutschen Volksgruppen vor dem Schicksal der Bolschewisierung bewahrt werden sollten.

Sowohl die hitlerische Ansiedlungspolitik in einem durch den militärischen Sieg über Polen nach Osten gewaltsam erweiterten Staatsgebiet, wie in unvergleichlich größerem Umfang die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung aus den unter russische und polnische Herrschaft gefallen deutschen Gebieten kann man als die letzte Radikalisierung und zugleich als das Ende der Nationalstaatsidee bezeichnen, als den Moment in der Logik des nationalstaatlichen Denkens, wo sich dieses selbst ad absurdum führte.

Man war jetzt schließlich von der Assimilation einer Bevölkerung innerhalb eines staatlichen Raumes zur "Reinigung" eines Raumes fortgeschritten, dessen Grenzen nach rein machtpolitischen Erwägungen gezogen wurden. Sowohl die von Hitler nach Osten vorgeschobene Grenze als auch die im Potsdamer Abkommen festgesetzte Oder-Neiße-Linie standen in krassem Widerspruch zur Nationalität der in diesem Gebiet Ostmitteleuropas lebenden Bevölkerung. Sie waren gerade entgegen allen nationalstaatlichen Gesichtspunkten entstanden, und man verschlimmerte diese Gewaltlösung nur noch, indem man nachträglich durch radikale Aus- und Umsiedlungen die so gröblich verletzte Einheit von Staats- und Volksgrenzen wiederherstellen wollte.

Der Umstand, daß die Abtretung beträchtlicher Teile Ostdeutschlands an Polen und die Ausweisung der in diesen Gebieten lebenden Deutschen spätestens seit Anfang 1944 von den Alliierten geplant und über dieses Vorhaben bereits Monate vor Kriegsende zwischen den Großen Drei grundsätzliche Einmütigkeit erzielt worden war, hat die seit Anfang Januar 1945 nach Ostdeutschland eindringende Rote Armee und die nachfolgenden polnischen Behörden von vornherein dazu bestimmt, der Ausweisung möglichst gründlich vorzuarbeiten, ehe diese selbst vollzogen werden konnte. Hatte doch Marschall Stalin schon in Jalta zur Beschwichtigung Churchills erklärt, daß nur wenige Deutsche zurückbleiben würden, wenn sowjetische Truppen nach Ostdeutschland vordrängen.

Daran wird deutlich, daß die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung, ja möglicherweise ihre Forcierung durch ein entsprechend radikales Vorgehen der russischen Truppen bereits ganz bewußt in Hinsicht auf die spätere Ausweisung als eine begrüßenswerte Vorarbeit angesehen

wurde, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch bei späteren sowjetischen Maßnahmen, wie der Deportation von Hunderttausenden ostdeutscher Zivilpersonen nach der Sowjet-Union, der Gesichtspunkt eine Rolle spielte, durch eine Verringerung der Anzahl der noch östlich der Oder und Neiße lebenden Deutschen die künftige Ausweisung zu erleichtern.

Noch näher liegt die Annahme solcher Bestrebungen bei der provisorischen polnischen Regierung, die bereits im Frühjahr 1945 durch ihre Behörden und Milizeinheiten weite Gebiete Ostdeutschlands verwaltete und in deren Namen schon im August 1944 im Zusammenhang mit der Frage der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung geäußert worden war, es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt bereits "alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.

Auch in der auf der Potsdamer Konferenz von polnischer Seite vorgebrachten Versicherung, ein großer Teil der Deutschen werde die Gebiete jenseits der Oder und Neiße freiwillig verlassen, wenn diese dem polnischen Staat unterstellt würden, darf man mit gutem Grund den ungesagt gebliebenen Vorsatz der polnischen Regierung erkennen, alles irgend mögliche zu tun, um schon während der polnischen Verwaltung und vor der Ausweisung die Verminderung der ostdeutschen Bevölkerung in die Wege zu leiten und den Deutschen eine Behandlung widerfahren zu lassen, die ihren Willen, in der Heimat zu bleiben, sehr bald brechen würde.

Wie die vorangegangene Darstellung über das Schicksal der östlich der Oder und Neiße befindlichen deutschen Bevölkerung unter russischer und polnischer Herrschaft zu erkennen gibt, ist sowohl die Verminderung der Zahl der Deutschen als auch die Entfremdung ihrer Heimat in erschreckendem Umfang erreicht worden, noch ehe die Ausweisungen selbst begannen. Dabei tut es nur wenig zur Sache, ob dieses Ergebnis stets mit bewußtem Vorsatz oder ohne unmittelbare Absicht in erster Linie aus Rache und Vergeltungsmotiven, aus dem Streben nach Bereicherung oder aus anderen Gründen geschah.

Fest steht in jedem Falle, daß schon das Vorgehen der Roten Armee, das die panische Massenflucht der deutschen Ostbevölkerung bewirkte, eine Austreibung mit anderen Mitteln war und daß erst recht die zahllosen Übergriffe, Erniedrigungen und Gewalttaten, die die ostdeutsche Bevölkerung unter der Herrschaft von Russen und Polen über sich ergehen lassen mußte, der schließlichen Austreibung in jeder Weise vorgearbeitet haben.

Dies gilt insofern, als während dieser Zeit zahllose Deutsche zugrunde gingen, als die Mehrzahl der Überlebenden auf eine Stufe bloßen Vegetierens herabgedrückt wurde, als die innere Entfremdung von der Heimat durch Verlust des Eigentums, Entzug des Rechtsschutzes und der Existenzmöglichkeiten bei der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung schon erreicht war, ehe mit der Ausweisung der letzte Schritt getan wurde.

Wie radikal diese Vorbereitung der Ausweisung während der Zeit der russisch-polnischen Verwaltung jenseits der Oder-Neiße-Linie geschehen war, wird höchst eindrucksvoll belegt durch den sich aus vielen Berichten ergebenden Eindruck, daß der Akt der zwangsweisen Ausweisung oft von den Betroffenen gar nicht mehr als jener gewalttätige Eingriff empfunden wurde, der er doch war, weil schwerere und leidvollere Gewaltmaßnahmen vorhergegangen waren.

Die Einschüchterung und Niederdrückung der deutschen Bevölkerung waren so gründlich erreicht worden, daß die Ausweisung für sie bisweilen eine ganz andere Funktion erhielt: sie schien wenigstens im Augenblick die Möglichkeit zu bieten, ein Stück der verlorenen Heimat wiederzugewinnen, weil sie unter Deutsche nach Deutschland führte und in Lebensverhältnisse, die niemals schlechter sein konnten als das bisher Erlittene.

Für das Verständnis des Gesamtprozesses der Vertreibung ist es unerläßlich, diese Zusammenhänge in aller Deutlichkeit zu sehen und nicht etwa die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung lediglich vom Verlauf der Ausweisungsaktionen her zu betrachten und zu beurteilen. ...<<

>>... Obwohl der Ausweisungsplan des Kontrollrats erst am 17. Oktober 1945 unterzeichnet wurde, sind schon im August und September durch lokale polnische Behörden, vor allem in Oberschlesien, zahlreiche Deutsche in Lagern zusammengefaßt und in geschlossenen Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone befördert worden.

Im Oktober/November wurden diese Ausweisungen in vollem Maße auch auf Pommern und den Südtel Ostpreußens sowie auf Teile der ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen ausgedehnt und wuchsen zu einer neuen Großaktion an. Teils wurde die Bevölkerung ganzer Orte, teils nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen, sehr oft auch die bäuerlichen Grundbesitzer. Die Ausweisung dieser letzteren stand offensichtlich im engsten Zusammenhang mit der Ankunft polnischer Ansiedler.

In den Dörfern wird dieser Vorgang der Ausweisung der Bevölkerung sehr deutlich. Tage und Wochen nachdem die Polen die Höfe besetzt hatten, oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder nur zehn Minuten, wurden die Bauern plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnungen gezwungen. Es war ihnen kaum möglich, außer der notwendigen Bekleidung noch irgend etwas Brauchbares mitzunehmen. Gepackte Koffer oder Rucksäcke mußten in der Wohnung oder auf dem Sammelplatz zurückgelassen werden, eine willkommene Beute mancher polnischer Neubauern oder der Dorfmitiliz. Nur selten kam es vor, daß die Ausweisung Tage vorher angekündigt wurde.

In Oberschlesien vollzog sich die Ausweisung im Herbst 1945 meist in der Weise, daß die aus ihren Wohnungen Vertriebenen zunächst in Lagern gesammelt wurden, die sich in der Regel in den Kreisstädten befanden. Dort mußten sie in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln Wochen und Monate vegetieren. Polen und Russen sortierten die noch Arbeitsfähigen aus. Alle übrigen wurden zu Transporten zusammengefaßt, zu 60-70 Personen in einen Güterwagen verladen und in einer Fahrt von meist mehr als zwei Wochen nach dem Westen abgeschoben.

Ähnlich war es auch in Pommern, wo die Bevölkerung meist in der Mitte der Ortschaften, mitunter sogar in der Kirche zusammengetrieben wurde. Von dort ging es im Fußmarsch zum nächsten Verladebahnhof, wo entweder geschlossene Transporte zusammengestellt oder einzelne Güterwagen an fahrplanmäßige Züge angehängt wurden.

Sammellager war ab Oktober 1945 das Grenzübergangslager Scheune bei Stettin, wohl das berüchtigste aller Vertriebenenlager, wo im Herbst 1945 und auch noch im Frühjahr 1946 Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Polen und Milizangehöriger an der Tagesordnung waren.

Auch im südlichen Ostpreußen war es im wesentlichen das gleiche Bild: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, Gepäckkontrollen und während der Bahnfahrt fortgesetzte Plünderungen durch ganze Scharen von Polen, die meist die langen Wartezeiten der Transportzüge auf den Bahnhöfen für ihre Zwecke ausnützten, teils sogar auf die fahrenden Züge sprangen und überall panikartige Angst hervorriefen. Auch zahlreiche Todesfälle ereigneten sich infolge der oft mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgten.

Da für die Ausweisungen im Herbst 1945 noch keine interalliierten Abmachungen vorlagen, haben die Polen sich Mühe gegeben, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen. Diesem Zweck diente es auch, wenn vielerorts vor der Abfahrt der Transportzüge von jedem einzelnen der Ausgetriebenen eine in polnischer Sprache abgefaßte Erklärung unterschrieben werden mußte, die die Freiwilligkeit der Ausreise, die Übertragung des Besitzes an den polnischen Staat und den Verzicht auf die Rückkehr bescheinigte.

Obwohl die Anzahl derjenigen, die zur Aussiedlung bestimmt wurden, in den einzelnen Gebieten sehr verschieden gehandhabt wurde, teils auch geschlossene Ortschaften geräumt wur-

den, sind im Zuge der Ausweisungen im Herbst 1945 doch im allgemeinen bevorzugt die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern ausgewiesen worden.

Diejenigen, die in russischen Diensten arbeiteten oder als Spezialisten unabhkömmlich waren, wurden überwiegend vorläufig von der Austreibung zurückgestellt, auch wenn dies gegen ihren Willen geschah.

Nicht ausgewiesen wurden ferner die besonders in Oberschlesien, aber in geringerem Maße auch in Ostpreußen lebenden Personen, die zwar deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, sich aber auf Grund ihrer Abstammung und Sprache als Polen fühlten. Ihnen wurde Gelegenheit gegeben, die polnische Staatsbürgerschaft zu erwerben, und sie blieben auch von der Enteignung, der Zwangsarbeit und den sonstigen gegenüber der deutschen Bevölkerung ergriffenen Maßnahmen verschont.

Da man polnischerseits die ostdeutschen Gebiete in der offiziellen Propaganda als "urpolnisches Land" bezeichnete, mußte man Wert darauf legen, die Meinung zu verbreiten, als hätte es in Ostdeutschland eine zahlreiche autochthone polnische Bevölkerung gegeben. Man war deshalb nicht damit zufrieden, daß nur eine relativ geringe Zahl von Einwohnern Oberschlesiens und Ostpreußens freiwillig für Polen optierte, sondern suchte teils durch Versprechungen und Drohungen, teils durch ausgesprochene Gewaltmaßnahmen vor allem die wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu gewinnen.

Besonders diejenigen, die polnisch klingende Namen hatten, wurden zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen. Manche Deutsche haben dem wiederholten Druck nachgegeben, indem sie die polnische Staatsbürgerschaft annahmen, viele andere weigern sich noch heute, dies zu tun.

Neben den systematischen Ausweisungsaktionen der polnischen Behörden setzte seit Sommer 1945 auch die Rückwanderung der als Bombenevakuierte nach Ostdeutschland verschlagenen ein, die meist bevorzugt Ausreisescheine erhielten. Ihnen schlossen sich auch manche einheimische Ostdeutsche an, denen das Übermaß der Verfolgungen, die Enteignung und Zwangsarbeit und die katastrophalen Lebensverhältnisse ein Bleiben unerträglich machten.

Da überall schon umfangreiche Zwangsausweisungen erfolgten, sank die Hoffnung der ostdeutschen Bevölkerung auf eine Wendung der Dinge und auf eine Annullierung des Potsdamer Abkommens allmählich. Es setzte deshalb im Herbst 1945 neben den geschlossenen Ausweisungen eine unkontrollierte Abwanderung ein.

Da für die deutsche Bevölkerung allgemein Arbeitszwang herrschte, war dies ein gefährliches Unterfangen, ganz abgesehen davon, daß immer dann, wenn die Polen von der Absicht der Ausreise Kenntnis erhielten, sich noch einmal die Wut von Milizianten und fanatischen polnischen Zivilisten an den Deutschen ausließ, wobei sich skandalöse Vorfälle ereignet haben.

Noch im Sommer 1946 wurde z.B. im Landkreis Breslau auf öffentlichen Anschlägen vor der Ausreise auf eigene Initiative gewarnt. Dennoch ist es manchem Deutschen möglich gewesen, durch die selbständige Ausreise den fast regelmäßig mit der gewaltsamen Vertreibung verbundenen Schikanen und Gewalttaten zu entgehen.

In einigen Orten gelang es noch im Lande befindlichen deutschen Stellen, Pastoren oder Verwaltungsangestellten in polnischen Diensten, die Organisation der Aussiedlung in die Hand zu nehmen. Die Bevölkerung blieb dadurch zumindest in ihren Heimatorten vor den Willkürakten und Plünderungen bewahrt, von denen sonst die Ausweisungen in der Regel begleitet waren. Die deutschen Leiter der Aktion stellten Listen auf und benachrichtigten jeden einzelnen rechtzeitig.

Die Übergabe des Eigentums, das Unterschreiben der Verzichtserklärung und alle anderen Formalitäten konnten in Ruhe durchgeführt werden. Außerdem wurde vermieden, daß die Ausgewiesenen tage- und wochenlang in den Auffangstellen auf die Zusammenstellung der

Transporte warten mußten. Auch russische Soldaten und Kommandanturen haben mitunter, indem sie Militärfahrzeuge zur Verfügung stellten und Deutsche bis an die Oder-Neiße-Grenze fuhren, helfend dazu beigetragen, daß die Vertriebenen den Schikanen der polnischen Austreibungskommandos entgingen.

Die im Herbst 1945, vor allem in den Monaten Oktober und November, in Ostpommern, Oberschlesien, im Südteil Ostpreußens und auch in Danzig und Teilen Westpreußens in Gang gekommene Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. ihre Abwanderung auf Grund des unerträglichen Druckes der Verhältnisse und der sicher bevorstehenden Zwangsvertreibung wurde, nachdem sie infolge des Winters im Dezember 1945 und im Januar/Februar 1946 stark abgeebbt war, im Frühjahr 1946 in verstärktem Maße fortgesetzt und dauerte ohne Unterbrechungen bis zum Spätherbst 1946 an. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Vertreibung der Deutschen aus der CSR (x004/115-118): >>**Die Ausweisung nach der Potsdamer Konferenz**

Nach Artikel XIII der Potsdamer Vereinbarungen erkannten die drei Großmächte an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder von Bestandteilen derselben, die in der Tschechoslowakei (Polen und Ungarn) zurückgeblieben waren, nach Deutschland durchgeführt werden müsse und erklärten gleichzeitig, daß jede Überführung "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" erfolgen solle.

Damit gab die Konferenz den Tschechen praktisch freie Hand, auch die noch in der CSR befindliche deutsche Bevölkerung nach Deutschland zu überführen, knüpfte allerdings die Bedingung daran, daß die im Gange befindliche "wilde" Austreibung gestoppt und erst eine die gegenwärtige Lage in Deutschland berücksichtigende Vorbereitung getroffen werden müsse.

Dieser Potsdamer Beschluß entsprach in seinem Ergebnis den Zielen der konsequenten Politik der tschechoslowakischen Exilregierung und der späteren provisorischen Regierung. Allerdings genügte das Tempo, mit dem die Alliierten an die Vorbereitung der Sache gingen, durchaus nicht der Eile, die die Tschechen hatten.

Die ungemein schwierigen Verwaltungs-, Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse in dem von den Großmächten besetzten Reichsgebiet, die bereits vollzogene Aufnahme von ungeheuren Flüchtlingsmassen aus den ostdeutschen Provinzen, die Notwendigkeit, alle Maßnahmen mit den anderen Vertreibungsländern abzustimmen, militärische Rücksichten auf die im Gange befindliche Demobilisierung, all dies machte schwierige Überlegungen notwendig und sprach gegen jede Überstürzung.

Die Aufforderung der Großmächte, weitere Vertreibungsaktionen einzustellen, und die damit erzwungene Unterbrechung der schon laufenden Massenausweisung verstimmte die Tschechen. Je länger die Vorschläge des Kontrollrats für die Durchführung des "Transfers" auf sich warten ließen, um so mehr wuchs das tschechische Mißtrauen, daß die in Potsdam gegebenen Zusagen eingehalten würden. Die tschechische Presse begann bald den guten Willen der Westmächte überhaupt zu bezweifeln. Besonders übel wurden die sich mehrenden Proteste in der angelsächsischen Presse gegen die brutale Behandlung der Sudetendeutschen vermerkt.

Ungeachtet dessen wurden jetzt aber die technischen Vorbereitungen für die organisierte Ausweisung getroffen und im August 1945 dafür besondere Organe geschaffen: im Mittelpunkt ein Spezialreferat im Innenministerium, dessen Leiter den Rang eines Regierungsbeauftragten für den "Odsun", Abschub der Deutschen hatte. Ihm waren Gebietsbeauftragte unterstellt (in Böhmen neun, in Mähren vier), in deren Kompetenzbereich die Referate für den "Odsun" bei den Bezirksnationalausschüssen und Ortsnationalausschüssen fielen.

Im Bereich des ganzen Staates wurden Sammellager für die zur Austreibung bestimmten Deutschen (in Böhmen 75, in Mähren 29, in der Slowakei 3) eingerichtet, die je 1.200 Personen umfassen sollten. Außerdem wurden Reservelager in der Nähe der Grenzübergangsstatio-

nen vorbereitet. Vieles davon war nur eine Zusammenfassung und Steuerung längst vorher eingeleiteter Einzelmaßnahmen.

Praktisch lief die Einrichtung der Sammellager darauf hinaus, daß die bereits in vorhandene Lager eingewiesenen Deutschen ohne Rücksicht auf die darin herrschenden vielfach unhaltbaren Zustände festgehalten wurden und daß man die ins innertschechische Gebiet gebrachten Deutschen nach dem Abschluß ihrer Arbeit nicht mehr nach Hause entließ, sondern in Sammellager einwies. Auch die noch in Freiheit lebenden Deutschen wurden Anfang Dezember für die Ausweisung registriert.

In ihrer Note vom 16. August 1945, in der die tschechoslowakische Regierung zu den Potsdamer Beschlüssen Stellung nahm, soll sie auch, nach einer tschechischen Quelle, dem Alliierten Kontrollrat ein Programm übersandt haben, wonach 2,5 Millionen Deutsche für die Ausweisung aus der CSR in Frage kamen. Diese Zahl wurde dann in dem am 20. November vom Kontrollrat angenommenen Gesamtprogramm des "Transfers" der deutschen Bevölkerung aus allen Vertreibungsgebieten berücksichtigt.

Danach sollten 1.750.000 Sudetendeutsche in die amerikanische, 750.000 in die sowjetische Besatzungszone aufgenommen werden; 10 % der Gesamtzahl sollten bereits im Dezember 1945 ausgesiedelt werden. Jedoch lief dann die organisierte Aussiedlungsaktion tatsächlich erst Ende Januar 1946 an. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1956 über die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn (x008/59E-62E): >>Die zwangsmäßige Ausweisung eines großen Teils des ungarländischen Deutschtums nach Deutschland in den Jahren 1946 bis 1948 - in den ungarischen Verordnungen offiziell Umsiedlung genannt - fußt formal auf dem Art. XIII des Potsdamer Abkommens, der von der "Überführung der deutschen Bevölkerung Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns oder Teilen dieser Bevölkerung nach Deutschland" spricht.

Ungarn nahm in diesem Zusammenhang nur insofern eine Sonderstellung ein, als es im Gegensatz zu Polen und der Tschechoslowakei ein Verbündeter des Deutschen Reiches gewesen war und trotzdem in die Aussiedlungsaktion mit eingeschlossen wurde, während über das Schicksal der Volksdeutschen in Rumänien oder gar in Jugoslawien keinerlei zwischenstaatliche Vereinbarungen getroffen wurden.

Eine Aufklärung dieser auffallenden Tatsache, vor allem der Frage, wie weit die ungarische Regierung selbst auf die entsprechenden Beschlüsse Einfluß zu nehmen versucht und ob sie sich bemüht hat, die Aussiedlung voranzutreiben oder zu hemmen, ist heute noch nicht möglich.

Sicher ist, daß in den Kriegsjahren von nationalistischen madjarischen Kreisen die Möglichkeit diskutiert wurde, die Idee der einheitlichen, unteilbaren ungarischen Nation nicht mehr nur mit den Mitteln der Assimilation wie bisher, sondern auch durch eine Aussiedlung der nicht assimilationswilligen Nationalitäten zu verwirklichen. Eine Anwendung dieses Prinzips kann man in den Vorgängen erkennen, die sich nach der Besetzung der jugoslawischen Batschka im Jahre 1941 abspielten, wo man die seit dem 1. Weltkrieg angesiedelten Serben aus dem eroberten Land jagte.

Einzelne ungarische Zeitschriften griffen auch das Thema einer Umsiedlung der ungarländischen Deutschen auf, das seit Hitlers Politik gegenüber einer Reihe deutscher Volksgruppen, darunter den Bukowina-, Dobrudscha- und Bessarabiendeutschen im benachbarten Rumänien in der Luft lag. Nach einer Behauptung des früheren ungarischen Ministerpräsidenten Kállay soll Hitler einmal dem Reichsverweser Horthy die Umsiedlung aller ungarländischen Deutschen zugesagt haben.

Wenn es auch nicht ausgeschlossen ist, daß Hitler anfänglich wegen seiner guten Beziehungen zum madjarischen Nationalismus zu einer Opferung des ungarländischen Deutschtums bereit

gewesen sein könnte, so ist diese Nachricht doch nirgends sonst bezeugt und mit der seit dem Wiener Abkommen von 1940 inaugurierten (eingeleiteten) Politik sicher unvereinbar. Ob gleichwohl die ungarische offizielle und inoffizielle Politik weiterhin mit diesem Gedanken spielte und ihn auch diplomatisch verwendete, wissen wir nicht.

Ebensowenig geklärt ist es, auf welchem Wege Ungarn in den Vertreibungs-Artikel des Potsdamer Abkommens geraten ist. Höchstwahrscheinlich war es die Sowjetunion, die die Anregung dazu gegeben hat. Schon im Frühjahr 1945 soll Marschall Woroschilow als Präsident der Alliierten Kontroll-Kommission für Ungarn von der ungarischen Regierung verlangt haben, daß sie Vorbereitungen für eine Massenausreibung der Deutschen treffe.

Jedenfalls hat sich die ungarische Regierung, in der damals noch nicht die Kommunisten die Oberhand besaßen, schon vor der Potsdamer Konferenz mit dem Problem einer Austreibung des Deutschtums befaßt, ohne daß es ihr gelungen zu sein scheint, die divergierenden Auffassungen der verschiedenen Parteien in dieser Frage zu überbrücken. Im Zusammenspiel mit den Sowjets traten die ungarischen Kommunisten für eine Totalaustreibung des Deutschtums ein, wobei der Gedanke der Kollektivschuld in den Vordergrund geschoben wurde, tatsächlich aber wohl eine Bresche für eine radikale Agrarreform geschlagen werden sollte.

In den Parteien, die die Interessen des ungarischen Bauerntums vertraten, vor allem in der bis dahin einflußreichen Kleinlandwirte-Partei, der u.a. der Außenminister Gyöngyösi angehörte, bestand ein Widerstreit verschiedener Interessen und Tendenzen; der Gedanke, die deutsche Minderheitenfrage, die sich seit 1940 zu einem staatspolitischen Problem ersten Ranges entwickelt hatte, im nationalungarischen Sinne endgültig und radikal zu lösen, wurde zweifellos mit Sympathie aufgenommen.

Doch übersah man andererseits nicht, daß eine entschädigungslose Ausweisung eine ernste Erschütterung der Eigentumsbegriffe für das ganze Land gebracht hätte und damit den Zielen der Kommunisten in die Hand gearbeitet worden wäre. Dazu kam noch, daß eine Totalausiedlung der volksdeutschen Ungarn selbst aller Argumente gegen die von der Tschechoslowakei angestrebte Zwangsumsiedlung der 700.000 Slowakei-Ungarn beraubt hätte.

Diese widerspruchsvolle Lage erklärt es wohl, daß die ungarische Regierung in der Vertreibungsfrage anfangs die Dinge treiben ließ. Dabei ging die Diskussion aber nicht mehr um das Prinzip der Vertreibung als solcher, sondern lediglich um ihr Ausmaß.

Um diese Frage ist das ganze Jahr 1945 hindurch im verborgenen, vor allem mit den Sowjets, gerungen worden. Die ungarische Regierung suchte dabei die Zahl der Auszuweisenden gegenüber der sowjetischen Forderung von einer halben Million herabzudrücken, wobei sie sich formell gegen die Anwendung des Prinzips der kollektiven Verantwortung ganzer Volksgruppen verwahrte.

Wie wenig sie jedoch selbst von diesem Prinzip abging, ergibt sich aus den Angaben von Stefan Kertész, eines früheren hohen Beamten des ungarischen Außenministeriums. Er berichtet davon, daß der ungarische Innenminister Franz Erdai im Mai 1945 die Zahl der auszuweisenden Volksbundmitglieder auf etwa 300.000 ansetzte, während die ungarische Regierung in einer offiziellen Note von 200.000 bis 250.000 Deutschen, die als "ergebene Diener des Hitleismus" aus Ungarn abzuschieben wären, sprach.

Die ungarische Regierung bewies damit nur, daß sie selbst an dem Grundsatz der individuellen Schuld nicht festhielt und mit der Ausweisung auch noch andere Ziele verfolgte, als die Bestrafung derjenigen, die nationalsozialistische Politik betrieben hatten.

Offensichtlich suchte sich die ungarische Regierung selbst um die Entscheidung zu drücken und eine Gelegenheit abzuwarten, um die Aussiedlung als Befehl und unter Verantwortung der Siegerstaaten anlaufen zu lassen. Diese Gelegenheit schien sich im November 1945 zu bieten.

Um die aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße vertriebene deutsche Bevölkerung, die in

einem erbarmungswürdigen Zustand nach Deutschland hineinflutete, auf alle Besatzungszonen gleichmäßig zu verteilen und die Ausweisung durch die Aufstellung eines Terminkalenders planvoller zu gestalten, genehmigte der Alliierte Kontrollrat in Deutschland am 20. November 1945 ein ihm eingereichtes Protokoll, das das bisherige Durcheinander einigermaßen zu ordnen versuchte.

Es legte der Vollständigkeit halber auch die künftigen Auffanggebiete der nach dem Potsdamer Beschlüssen aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn auszuweisenden Deutschen fest und bestimmte hierfür die amerikanische Zone; für die Ungarndeutschen wurde dabei die Zahl von 500.000 angenommen. Für die Reaktion der ungarischen Regierung auf diese Festsetzung sind wir bisher nur auf die Mitteilungen von Stefan Kertész angewiesen.

Danach hat das Außenministerium sowohl gegen die Zahl der Auszuweisenden wie gegen das damit verbundene Prinzip der kollektiven Bestrafung bei den britischen, amerikanischen und sowjetischen Missionen protestiert, während gleichzeitig der ungarische Innenminister Vorbereitungen für die totale Austreibung der Deutschen traf, indem er eine entsprechende Verordnung vorbereitete.

Nach Kertész ist der Außenminister Gyöngyösi mit seinem Einspruch dagegen im Ministerrat am 22. Dezember 1945 nicht durchgedrungen, so daß schließlich die radikale Lösung angenommen wurde, wie sie im Text der Ausweisungsverordnung vom 22. Dezember 1945 niedergelegt ist.

Diese ordnet die Aussiedlung für denjenigen ungarischen Staatsbürger an, "der sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Volkszugehörigkeit oder Muttersprache bekannt hat oder der seinen madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden Namen ändern ließ, ferner derjenige, der Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutschen Formation (SS) war".

Sie ging also bei genauer Auslegung weit über die Zahl von 200.000 bis 250.000 Auszuweisenden hinaus. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ostmitteleuropa (x051/603-604): >>Vertreibung, Ausweisung größerer Bevölkerungsgruppen aus ihrem Wohngebiet, v.a. während und nach einem Krieg.

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ost- und Ostmitteleuropa in das Deutschland diesseits der Oder-Neiße-Linie hatten die Alliierten schon auf ihren Konferenzen in Teheran (Dezember 43) und Jalta (Februar 45) erörtert.

Das Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 bestimmte in Abschnitt XIII, "daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß", und zwar "in geordneter und humaner Weise". Die Einzelheiten sollte ein Plan des Alliierten Kontrollrats regeln. Die systematische Vertreibung der deutschen Bevölkerung begann jedoch bereits im Juli/August 45, also ehe der Ausweisungsplan des Kontrollrates am 17.10.45 unterzeichnet worden war.

Sie geschah keineswegs "in geordneter und humaner Weise", sondern in völker- und menschenrechtswidriger Art, und erfaßte auch die deutsche Bevölkerung aus den polnischen Verwaltung unterstellten deutschen Ostgebieten und dem der Sowjetunion übergebenen nördlichen Ostpreußen. Darüber hinaus waren seit Ende 44 schon Millionen von Deutschen vor der vordringenden Roten Armee westwärts geflohen. Die Vertriebenen und Flüchtlinge verloren nicht nur ihre Heimat, sondern meist auch ihre gesamte Habe.

1944/45 lebten in Ostdeutschland und in Osteuropa insgesamt 19,17 Millionen deutsche Staatsangehörige oder sogenannte Volksdeutsche, davon in den deutschen Ostgebieten (mit Danzig) 10,39 Millionen, in Polen 1,26 Millionen, in der UdSSR 2,07 Millionen, in Ungarn

633.000, in der Tschechoslowakei (mit Sudetenland) 3,62 Millionen, in Jugoslawien 550.000, in Rumänien 689.000 und in den übrigen Balkanstaaten 6.000.

Bis 1950 kamen 11,96 Millionen Menschen als Flüchtlinge oder Vertriebene nach Restdeutschland, davon 7,29 Millionen aus den deutschen Ostgebieten, 618.000 aus Polen, 421.000 aus der Sowjetunion, 2,99 Millionen aus der Tschechoslowakei, 213.000 aus Ungarn, 297.000 aus Jugoslawien, aus Rumänien 137.000 und 3.000 aus den übrigen Balkanstaaten. Über zwei Millionen verloren durch Flucht oder Vertreibung ihr Leben.

Der Großteil der insgesamt 4,4 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge, die zunächst in der (heutigen) DDR oder in Ost-Berlin Aufnahme fanden, zog später als sogenannte Sowjetzonenflüchtlinge in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin (1949 bis Juli 61 rund 2,1 Millionen).

Ab 1950 ging die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Ostmitteleuropa in geringerem Umfang weiter, meist auf der Grundlage vertraglicher Abmachungen zwischen der Bundesrepublik und dem betreffenden Staat; bis zum Zusammenbruch des Ostblocks im Jahr 1989 wurden in der Bundesrepublik knapp zwei Millionen Aussiedler registriert. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs übersiedelten mehr als 2,6 Millionen Menschen. Es leben gegenwärtig noch etwa 600.000 Deutschstämmige in Rußland und 50.000 in Kasachstan sowie 500.000 in den Staaten Mittelosteuropas. Die Gründe für die Übersiedlung Deutschstämmiger in die Bundesrepublik sind vor allem in der wirtschaftlichen Situation in der ehemaligen Sowjetunion und nicht in politischer Verfolgung oder gar Vertreibung zu sehen.

In der Bundesrepublik ist der Rechtsstatus der Vertriebenen durch das Bundesvertriebenengesetz vom 19.5.53 geregelt worden. Ihre Eingliederung in die Gesellschaft und Wirtschaft ist, mit Hilfe einer umfangreichen Gesetzgebung, darunter der über den Lastenausgleich, inzwischen weitgehend gelungen.

In der "Charta der Heimatvertriebenen" von 1950 haben die Vertriebenen ausdrücklich auf Vergeltung für das an ihnen verübte Unrecht und auf Gewaltanwendung verzichtet; doch halten ihre Verbände bis heute an der Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 fest.<<

Der deutsche Historiker Hans-Werner Rautenberg (1938-2009) schrieb später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x035/333-335): >>Den letzten Akt des an der ostdeutschen Bevölkerung vollzogenen Dramas stellt schließlich die Vertreibung dar, die von den meisten der Betroffenen gar nicht mehr als zusätzliches Unrecht, sondern vielmehr als Erlösung empfunden worden ist. Viele Deutsche verließen sogar "freiwillig" ihre Heimat, um weiteren Drangsalierungen und Erniedrigungen zu entgehen.

Die Vertreibung erfolgte nicht erst auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945, sondern hatte weit eher eingesetzt. Ihr Hauptmotiv war ein rein nationalistisches:

Durch die Austreibung der Deutschen sollten das neue Polen und die neue Tschechoslowakei als reine Nationalstaaten wiedererstehen. Daher sollten die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland möglichst in einem Zuge von ihrer deutschen Bevölkerung "gesäubert" und durch Neubesiedlung so rasch wie irgend möglich in den polnischen bzw. tschechoslowakischen Staat integriert werden. ...

Alle polnischer- bzw. tschechischerseits angeführten Begründungen für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen tragen den Charakter der nachträglichen Rechtfertigungen:

1.) Die Kompensationstheorie: danach habe Polen für seine Gebietsverluste im Osten entschädigt werden müssen, da es Raum für seine Landsleute gebraucht habe, die ihrerseits vertrieben worden seien. Dieses Argument traf für die Tschechoslowakei so gut wie gar nicht zu, denn die Zahl der aus Wolhynien, Rumänien und der Karpato-Ukraine umgesiedelten Tschechen und Slowaken betrug weniger als 100.000 Menschen, während annähernd 3,5 Millionen Sudetendeutsche ihre Heimat verlassen mußten. Allerdings wurden aus den von der Sowjet-

union annektierten ostpolnischen Gebieten etwa 1,5 Millionen Polen nach Westen abgeschoben; dafür aber siedelte Polen ca. 500.000 Ukrainer und Weißrussen aus, hatte also nur etwa 1 Million Menschen neu in sein Staatsgebiet aufzunehmen.

2.) Die Theorie von der angeblichen Kollektivschuld der Deutschen. Sie besagt bis heute, daß Deutschland durch sein Verhalten in Polen und in der Tschechoslowakei während der Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg sich gegenüber diesen Völkern derart versündigt habe, daß der Verlust seiner Ostgebiete als gerechte Strafe erscheint.

3.) Für die polnische Argumentation gilt zudem noch die Theorie von der ethnischen Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete zu Polen. Danach habe es sich um ursprünglich "urpolnisches" Land gehandelt, daß man nach Jahrhunderten rücksichtsloser Germanisierung dem Mutterland "wiedergewonnen" habe. Schon 1945 habe es nämlich in diesen Gebieten Millionen Menschen polnischer Gesinnung gegeben; damit seien die Ansprüche Polens auf diese Gebiete hinreichend begründet.

4.) Einige Zeit wurde die These aufgestellt, die Vertreibung der Deutschen stelle eine logische, wenn auch gewaltsam beschleunigte Konsequenz der seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu beobachtenden Abwanderung deutscher Bevölkerung aus Ostmitteleuropa nach Westdeutschland dar, während Polen und Tschechen natürlicherweise in die von Deutschen verlassenen Räume nachgerückt seien. Die Vertreibung habe insofern nur das zeitlich vorweggenommen, was in 50 bis 100 Jahren ohnehin erfolgt wäre. ...

5.) Schließlich wird die Ausweisung der Deutschen - besonders von tschechischer Seite - mit dem Argument gerechtfertigt, daß man sich ein für allemal einer potentiellen Irredenta (einer politischen Bewegung, die den staatlichen Anschluß abgetrennter Gebiete an das Mutterland erstrebt) habe entledigen und deshalb die Nationalitäten "entflechten" müssen.

Tatsächlich aber handelte es sich bei der Vertreibung der Deutschen, wie sie zuerst von exiltschechischer Seite schon im Winter 1941/42 gefordert und im Laufe des Krieges von den alliierten Mächten akzeptiert wurde, nach den treffenden Worten von Gotthold Rhode "nur (um) die übersteigerte Fortsetzung der Vertreibung aus nationaler Intoleranz und der Nationalstaatsidee, wobei (wie im Falle der Tschechoslowakei) historische Grenzen, die nie nationale Grenzen gewesen waren, oder rein machtmäßig festgesetzte Grenzen wie die Oder-Neiße-Linie (im Falle Polens) in Zukunft nationale Scheidelinien bilden sollten."

Polnische und tschechische Kommunisten haben sich im übrigen die Forderungen der von ihnen ansonsten bekämpften Nationalisten sogleich zu eigen gemacht, als sie die Regierungsgewalt in den ihrer Verwaltung übergebenen Gebieten übernahmen. Daß Stalin der Vertreibung der Deutschen zustimmte, während die Sowjetunion sonst keine Bevölkerungsgruppen - man denke an die Krimtataren und an die Wolgadeutschen - aus ihrem Machtbereich entließ, findet seine einzig überzeugende Erklärung in der Erwartung, die "Millionen bettelarmer Vertriebener, die nach Mittel- und Westdeutschland einströmten, würden dort ein solches Element der Unruhe und Unzufriedenheit darstellen, daß über sie die Sowjetisierung ganz Deutschlands erreicht werden könne" (Rhode). ...

Die Vertreibung war und bleibt ein Unrecht, dem mehr als zwei Millionen Menschen auf deutscher Seite zum Opfer fielen. Mit Flucht und Vertreibung, die alles andere als in "geordneter und humaner Weise" vor sich ging, wie sie das Potsdamer Abkommen vorgesehen und angeordnet hatte, ging rund ein Viertel des deutschen Reichsgebiets von 1937 verloren. Von den etwa 16 Millionen Deutschen im Osten - wobei die Rußlanddeutschen nicht mitgerechnet sind - ist dabei mehr als ein Fünftel ums Leben gekommen; das ist ein Mehrfaches der Kriegsverluste der übrigen deutschen Bevölkerung.

Stalins Hoffnung, mit Hilfe der deutschen Vertriebenen ganz Deutschland revolutionieren zu können, hat sich bekanntlich nicht erfüllt, und auch die vermeintlichen Nutznießer der "nationalen Entflechtung" durch Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten

Heimat, die Tschechen und Polen, können sich allen offiziellen Beteuerungen zum Trotz kaum glücklich schätzen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x160/5-6): >>... So absurd es auch klingen mag, die Vertreibung in den Westen erschien nun fast als Hoffnung, als letzte Chance, wenigstens das nackte Leben zu retten. Zwar sind auf den Vertreibungstransporten noch Tausende an Hunger, Kälte und Erschöpfung gestorben, aber immerhin hatte man eine Chance.

In den Jahren zwischen 1945 und 1947 waren die Vorgänge in den Vertreibungsgebieten überwiegend von Gewalt und Grausamkeit geprägt, und spätestens 1950 war die Vertreibung praktisch abgeschlossen. Aber auch in den folgenden Jahren blieben die daheimgebliebenen Deutschen de facto und in einigen Ländern sogar de jure diskriminiert – Bürger minderen Rechts. Der Weg in die Bundesrepublik erschien Millionen von Menschen als Lösung bzw. Erlösung. Daß zwischen 1950 und 1987 im Jahresdurchschnitt nur zwischen 15.000 und 50.000 Ostdeutsche (das Jahr 1958 mit über 132.000 bildete die Ausnahme) zu uns kamen, lag ausschließlich an der restriktiven Ausreisepolitik der osteuropäischen Regierungen.

Schnell änderte sich die Lage, als Gorbatschows Reformpolitik zu greifen begann. Mit über 202.000 Aussiedlern erreichte die Statistik schon 1988 einen unerwarteten Anstieg. 1988 kamen 377.000, 1990 über 400.000. Insgesamt kamen zwischen 1950 und 1990 rund 2,4 Millionen Deutsche aus Ostdeutschland und Osteuropa in die Bundesrepublik. 3,2 Millionen wohnen immer noch in den Vertreibungs- und Deportationsgebieten. ...

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Was auf den ersten Blick als "die Vertreibung" erscheint, war in Wirklichkeit ein makabres Panoptikum aus Massaker und Flucht, aus Deportation zur Zwangsarbeit und Internierung in Lagern. Die eigentliche Vertreibung und die sog. Spätaussiedlung waren nur das Finale, die Spitze des Eisbergs. Zudem bestanden gewaltige regionale Unterschiede beim Ablauf des Vertreibungsgeschehens.

Naturgemäß ist es nicht einfach, einen derart vielschichtigen Tatbestand rechtlich einzuordnen. Kein Geringerer als Prof. Felix Ermacora, der UNO-Sonderbeauftragte für Afghanistan, sieht den Tatbestand des Völkermordes im Sinne der UNO-Resolution vom 9.12.1948 erfüllt. ... Die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte stellt zugleich den größten Verbrechenskomplex der Nachkriegsgeschichte dar.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x028/36-37): >>... Wenn es auch zutrifft, daß die westlichen Alliierten an eine ganz andere, die Betroffenen möglichst schonende Art der Ausweisung gedacht hatten, so spielte doch der Wunsch eine Rolle, die Deutschen für das Elend, das sie mit dem Krieg über die Welt gebracht hatten, kollektiv zu bestrafen. Man war bereit, die Entfernung von Millionen Deutschen aus dem Osten zu gestatten und einen Teil des Landes den Polen und Tschechen als Entschädigung für ihre Leiden unter nationalsozialistischer Besatzung anzubieten.

... Als sich der europäische Konflikt zum "totalen Krieg" auswuchs, wurde der deutsche Feind immer mehr mit Hitler identifiziert, die Rache über das ganze deutsche Volk heraufbeschworen. Phantasievolle Vorstellungen, etwa, daß Militarismus und Nihilismus (völlige Verneinung aller Normen und Werte) dem deutschen Wesen angeboren seien, tauchten auf und wurden von Persönlichkeiten der entscheidenden Gremien sogar übernommen. ...

So entwickelte sich aus dem natürlichen Haß gegen den Feind eine intensive und alles beherrschende Germanophobie, die keinen Unterschied zwischen Nationalsozialisten und Nicht-Nationalsozialisten in Deutschland machte, keinen zwischen den Schuldigen und Schuldlosen. Die Umsiedlung von Millionen Deutschen als Form kollektiver Bestrafung schien in der Stimmung des totalen Krieges durchaus berechtigt. Hitler selbst hatte bereits mehrere Beispiele gegeben, wie z.B. die Deportierung von ca. 100.000 Elsässern nach Vichy-Frankreich und von

mehr als einer Million Polen aus den annektierten Woiwodschaften Posen und Pommerellen in das sogenannte "Generalgouvernement Polen". ...

Der deutsche "Drang nach Osten", der jahrhundertlang von Deutschlands östlichen Nachbarn teils gefördert, teils bekämpft wurde, wich dem wiederauflebenden alten slawischen "Drang nach Westen", der jetzt von der siegreichen Roten Armee unterstützt und manchmal von den westlichen Mächten gutgeheißen wurde.

Natürlich stand für die Vereinigten Staaten und Großbritannien kein historisches Interesse auf dem Spiel, als sie den Stoß der Slawen nach Westen förderten. Es war nur die unbeschreibliche Unmenschlichkeit von Hitlers Regime, die Roosevelt und Churchill moralisch stumpf machte gegen das, was Millionen Deutschen im Osten zustoßen sollte. Der Geruch von Bergen-Belsen und Buchenwald lag in der Luft, und viele westliche Politiker waren von dem Gefühl beherrscht, die Deutschen hätten bei weitem noch nicht genug gelitten, obwohl Deutschland in Trümmern lag und 4,3 Millionen deutsche Soldaten gefallen waren (die USA hatten 229.000 Mann Verluste): Die Deutschen konnten das unendliche Leiden, das durch eine unglückselige Politik verursacht wurde, nicht wiedergutmachen. ...<<

Der deutsche Historiker Günther Stökl (1916-1998) schrieb später in seinem Buch "Osteuropa und die Deutschen" über die Vertreibungsgründe in Ost-Mitteleuropa (x035/331-332): >>Dort, wo Hitler den Krieg begonnen hatte, waren ... die Folgen der Niederlage am verheerendsten. Denn hier traf der Verlust die Substanz, hier mußten Gebiete aufgegeben werden, deren Zugehörigkeit zu Deutschland noch am Ende des Ersten Weltkrieges von den Siegern nicht angezweifelt worden war.

Gewiß war dies auch Vergeltung, und gewiß waren von den polnischen Politikern schon während des Krieges Annexionen an der Westgrenze erwogen worden: das historische Argument, Schlesien sei einst im Mittelalter ein polnisches Land und Pommern zumindest ein slawisches Land gewesen, war ja immer zur Hand. Aber das Ausmaß der Annexion wird nicht allein durch polnische Vergeltungssucht und historisch verbrämte Landgier erklärt, sondern vor allem durch das politische Interesse der Sowjetunion.

Diese ergriff die Gelegenheit, ihrerseits historische Ziele zu erreichen, die Konzessionen des Friedens von Riga aufzuheben und Ostpolen bis zur Curzon-Linie zu annektieren. Die weißrussische und ukrainische Bevölkerungsmehrheit sollte mit der Weißrussischen und der Ukrainischen Sowjetrepublik "wiedervereinigt", die mehrere Millionen zählende polnische Minderheit sollte über die Curzon-Linie nach Westen abgeschoben werden. Die Polen, immerhin Befreite und Verbündete, waren auf Kompensationen im Westen verwiesen. ...<<

Der deutsche Historiker Martin Broszat (1926-1989) schrieb später über die Hintergründe der Vertreibung (x025/115): >>Was zunächst vordergründig als rigorose Neuordnung des nationalen Verhältnisses erschien, ... war im Grunde weniger ein Akt souveräner polnischer Politik als ein Akt übergeordneter großräumiger sowjetischer Strategie in der östlichen Hälfte Europas.<<

Ludwig Martin (1909-2010, Generalbundesanwalt a.D., Ehrenvorsitzender der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e.V.) bemerkte später im Vorwort des Buches "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" (x025/I-V): >>... Geschichtliche Wahrheit ist nicht teilbar: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zumal solche, die den Umfang und das Gewicht eines Völkermordes annehmen, bleiben Verbrechen, gleichviel, von wem sie begangen werden und wer die Verantwortung dafür zu tragen hat.

Es geht nicht an, die marxistisch-leninistische Unterscheidung zwischen "gerechten" und "ungerechten" Kriegen auf die im Krieg, bei Kriegsende und nach dem Krieg an der Zivilbevölkerung begangenen Verbrechen zu übertragen und je nach der Zuordnung der Tätergruppe zu einem "sozialistischen" oder "imperialistischen" Regime zwischen verdammenswerten und entschuldbaren Menschenrechtsverletzungen zu differenzieren.

Die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart ist voll von Beispielen, daß auch in unserer hochentwickelten Zivilisation unter bestimmten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen Menschen jedweder Herkunft, Rasse und Nationalität zu Untaten fähig sind, die sie unter normalen Verhältnissen nie begehen würden. Man denke nur an die Völkermorde in Kambodscha und Afghanistan und an die Massaker im Libanon ...

Vor Jahren stellte ich in Jerusalem einem angesehenen jüdischen Juristen und Publizisten die Frage, ob er glaube, daß zu der Massenvernichtung im "Dritten Reich" nur Deutsche fähig gewesen seien, oder ob er es für denkbar halte, daß Gleiches unter der Zwangsherrschaft eines "Hitler" und den dadurch geschaffenen politischen und massenpsychologischen Bedingungen auch in anderen Ländern hätte geschehen können. Nach kurzer Besinnung bejahte der Gefragte das letztere.

Gleichwohl mag man es hinnehmen und sogar als Gebot der Gerechtigkeit ansehen, daß das deutsche Volk während der im "Dritten Reich" von Deutschen an Juden, Angehörigen anderer Minderheiten und politischen und weltanschaulichen Gegnern begangenen Massenmorde auch nach fast vier Jahrzehnten immer und immer wieder auf die Anklagebank gesetzt und verurteilt wird.

Schwer verständlich und durch nichts zu rechtfertigen ist es aber, daß die im Krieg und vor allem bei Kriegsende und nach dem Krieg von fremden Truppen, Widerstandskämpfern und fanatisiertem Mob an Millionen Deutschen verübten Morde und sonstigen Gewaltverbrechen auch heute noch totgeschwiegen und geleugnet oder mit dem Hinweis entschuldigt werden, daß "die Deutschen" es angesichts der auf ihnen lastenden Blutschuld nicht anders verdient hätten. ...

1. Opfer der "Vertreibungsverbrechen" waren nicht nur NS-Funktionäre, Parteigenossen und ihre Sympathisanten, sondern die Deutschen schlechthin, weil man sie mit den Nazis identifizierte und zu Untermenschen bzw. Nicht-Menschen abqualifizierte, wie etwa Ilja Ehrenburg. Damit erklärte man sie in ähnlicher Weise für vogelfrei, wie dies die Nazis hinsichtlich der Juden getan hatten.

Bei der Verbrechenhäufung handelte es sich nicht um das zufällige Ineinanderlaufen unzähliger Einzelaktionen blindwütig gewordener Soldaten oder Zivilisten, sondern um ein von führenden Kreisen der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten – mit Billigung der USA und Großbritannien – "wohlvorbereitetes System zur Dezimierung und Vertreibung der Deutschen" aus den Ostgebieten, um "eine neuartige Form staatlich gelenkter Liquidationspolitik" (Zitat des Autors aus Jürgen Thorwald: Die große Flucht, München/Zürich 1979. Seite 91), um die gewollte Folge der von höchsten Stellen ausgegebenen Appelle an Haß, Rachsucht und Tötungsinstinkte. ...

Sehr zu Recht stellt der englische Philosoph Bertrand Russell die Frage, ob Massenvertreibungen nur dann Verbrechen seien, wenn sie "von unseren Feinden während des Krieges vorgenommen werden", dagegen gerechte Mittel für die gesellschaftliche Neuordnung, wenn "unsere Verbündeten sie in Friedenszeiten durchführen". ...

Eine schonungslose Offenlegung finsterner Kapitel der Menschheitsgeschichte ohne Rücksicht auf die Nationalität der für diese Tragödien Verantwortlichen ist ein Gebot der Wahrheit und der Gerechtigkeit; sie allein kann Grundlage gegenseitigen Verzeihens und echter Verständigung sein. Man kann nicht, wie es in Nürnberg geschehen ist, Deutsche durch die Repräsentanten von Mächten aburteilen lassen, die selbst gleiche Verbrechen angeordnet oder geduldet haben, wie sie dem deutschen Volke vorgeworfen werden.

Es verstieße gegen seine Würde und sein Selbstverständnis, wenn sich das deutsche Volk widerspruchslos auf Generationen hinaus mit der ihm zugeordneten Bűßerrolle abfinden und zu all dem schweigen würde, was ihm von den Siegern an Furchtbarem angetan worden ist. Eine Besinnung hierauf - fernab von Rache- und Vergeltungsgefühlen - schulden wir Deutschen

auch den Millionen der unschuldigen Opfer der Vertreibungsverbrechen, die stellvertretend für das deutsche Volk Unsägliches erduldet haben. ...

Der tschechische Staatspräsident Eduard Benesch soll die Vernichtung der sudetendeutschen Volksgruppe nach dem Krieg mit den Worten begründet haben: "Unsere Deutschen ... haben den Staat verraten, die Demokratie verraten, uns verraten, die Menschlichkeit verraten und die Menschheit verraten. ...

In Abwandlung dieser Anklage kann man die von sowjetrussischen Soldaten, von Polen, Tschechen und Jugoslawen gegenüber Deutschen begangenen Vertreibungsverbrechen mit dem Satz überschreiben. Die Initiatoren und Täter dieser Verbrechen haben die Menschlichkeit und die Menschheit verraten.

Das muß vor der Geschichte klargelegt werden.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch ("Nicht Rache, nicht Vergeltung ...") über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x024/13-14):

>>Die Solidarität, das Mitgefühl mit den Opfern der Vertreibung, den Toten, den Verletzten, den Entehrten, den Folgegeschädigten ist heute unter uns Deutschen gering oder so gut wie nicht mehr vorhanden. ... Aber die vielen Opfer dieser grausamen Zeit von Flucht und Vertreibung dürfen nicht vergessen werden - ebenso wie alle anderen Opfer des Krieges.

Wenn ihr Tod, ihr Leiden einen Sinn erhalten und behalten soll, dann muß die Erinnerung daran Ansporn zu Verständigung und Versöhnung, zur Bewahrung und zum Bau eines wirklichen Friedens sein. Die Erinnerung an das Vergangene soll zwischen den Völkern nicht alte Narben und Wunden aufreißen. Aber die wirkliche Geschichte, die Wahrheit muß genannt werden. ...

Gerade heute, da nunmehr im Osten und bei uns neue Generationen herangewachsen sind, die vieles, was die Älteren erleben mußten, gar nicht mehr wissen und begreifen können, ist eine saubere, faire Aufarbeitung dieser zeitgeschichtlichen Abläufe auch zur Beurteilung politischer Vorgänge der Gegenwart erforderlich. ...<<

Die deutschen Vertriebenen in Mittel- und Westdeutschland (1945-1949)

Die "Yorkshire Post" berichtete am 12. Juni 1945 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x111/35): >>... Zehntausende strömen in hilflosen Gruppen durch die Berge zurück in das zerfallene Reich. Sie ziehen zu Fuß oder auf Ochsenkarren, in die sie ihr spärliches Hab und Gut und ihre zerlumpten Kinder hineingepfercht haben. Sie werden vom Hunger gepeinigt und von der Furcht gejagt und sind ohne Hoffnung.

Zuerst mußten die Sudetendeutschen gehen, die offen ihre Sympathie für Hitler bekundet hatten, dann folgten auch die, die 20 und 30 Jahre lang im Land einen festen Wohnsitz gehabt hatten, und schließlich selbst die zweite Generation.<<

In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen. Die Unterschrift der provisorischen polnischen Regierung wurde von den Westmächten zunächst nicht anerkannt und mußte am 15.10.1945 nachvollzogen werden (x040/289).

Walter Müller-Bringmann berichtete am 27. Juli 1945 über die Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremke, Kreis Göttingen (x123/14-15): >>27. Juli 1945. ... Da sitzen sie in abgerissener, schmutziger Kleidung, seit Tagen unterwegs, ohne warmes Essen, ohne ein Bett gesehen zu haben, ohne zu wissen, wie es weiter gehen soll.

Eine alte Dame ist dabei, die vor Erschöpfung in einer Sofaecke eingeschlafen ist, das kleine Bündel letzter Habseligkeiten krampfhaft in beiden Händen auf dem Schoß haltend. Daneben schläft ein 5jähriger Junge, mit verschmiertem Gesicht, dreckigen Händen. ... Die Haare hängen ihm verschwitzt im Gesicht. Immer noch hat er den kleinen, von der Mutter selbstgefertigten Rucksack auf dem Rücken.

Links davon sitzt ein grauhaariger Mann, weit über die Sechzig, in guten, jetzt völlig verstaubten und am rechten Ärmel eingerissenen Kleidern ... Auf den Stühlen hängen ermattet,

erschöpft, niedergeschlagen und mutlos Frauen, fast alle in Männerhosen, mit schweren Schuhen an den Füßen. Die Kleider sind derb, manche haben ein Kopftuch auf oder die ungekämmten Haare mit einem Schal zusammengebunden.

Bei keiner Frau ist Schmuck zu sehen. Auch die Eheringe fehlen. Jede hat ein Bündel neben sich stehen, eine jüngere besitzt einen Koffer, auf dem sie mangels einer anderen Sitzgelegenheit Platz genommen hat.

Auf dem Fußboden hinten in der Ecke liegen 5 Kinder, 3 Mädchen und 2 Jungen. Sie haben nicht lange nach einer Ruhestatt suchen können. Die Müdigkeit hat sie einfach übermannt.

Daneben hockt, mit dem Rücken zur Wand, ein Beinamputierter. Er hat die Prothese abgesehnallt und neben sich gelegt. ...<<

Probst Grüber schrieb am 7. August 1945 an den britischen Lordbischof von Chichester (x039/229): >>Gott schenke den Christen in aller Welt offene Ohren, die Notschreie der deutschen Menschen zu hören, die auf den Landstraßen sterben und verkommen. - Tausende von Leichen spülen die Oder und die Elbe ins Meer. ... Tausende von Leichen hängen in den Wäldern um Berlin. ... Tausende und Zehntausende sterben auf den Landstraßen vor Hunger und Entkräftung. ... Kinder irren umher, die Eltern erschossen, gestorben, abhandengekommen.<< Die französische Regierung stimmte zwar den Potsdamer Beschlüssen - mit Ausnahme der Abschnitte, die sich auf die Erhaltung der Einheit Deutschlands bezogen - nachträglich am 7. August 1945 zu, lehnte es jedoch ab, die französische Besatzungszone für deutsche Flüchtlinge und Vertriebene zu öffnen (x040/293, x118/31).

Der Bischof von Chichester berichtete am 17. August 1945 über die große Not im Deutschen Reich (x111/65): >>... Es besteht im Ausland offenbar ein völlig falscher Eindruck über die wahre Lage in Deutschland. Das Gewissen gebietet es uns, nicht länger zu schweigen. Die Wahrheit besteht darin, daß die Not im Reich von Tag zu Tag steigt und daß eine fürchterliche Hungersnot ausbrechen muß, falls nicht schleunigst Hilfe einsetzt. Wir hören von Rationen, die der Bevölkerung zugesagt worden sind; aber man verschweigt uns, daß diese nur auf dem Papier stehen und nicht zur Verteilung kommen. ...

Dies ist die Lage im Herzen des Reiches, aber sie verschlimmert sich täglich durch das Eintreffen von Strömen von Flüchtlingen aus den östlichen Teilen Deutschlands. Aus den Gebieten östlich der Oder vertreiben die Polen alle Einwohner nach dem Westen. Man muß diese Flüchtlinge gesehen haben, um beurteilen zu können, was über sie hereingebrochen ist. Es gibt keine Worte, um ihr Elend beschreiben zu können.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete Anfang September 1945 über die Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremke, Kreis Göttingen (x123/26): >>Anfang September 1945. Ströme von Menschen ergießen sich Tag und Nacht in das Dorf. Täglich kommen zwischen 5.000-7.000 Kinder und Greise, Kranke, Schwangere, Sterbende. Niemand weiß, wo man sie unterbringen soll.

Weil die private Hilfe für diese bejammernswerten Deutschen aus Ostpreußen und Schlesien, dem Warthegau und Danzig – aus den Gebieten also, in denen schwere Kämpfe stattfanden - nicht mehr ausreichte, haben die provisorischen deutschen Behörden eine Verpflegungsstelle auf einem Bauernhof eingerichtet, wo in einem 300-Liter-Kessel viermal am Tage Suppe und Kaffee, Ersatz natürlich, gekocht wird. Kartoffeln, Gemüse und Fett werden bei den Landsleuten gesammelt.

Riesenschlangen von Menschen warten darauf, mit einem der großen Lastkraftwagen nach Göttingen transportiert zu werden, zu den Tausenden, die dort bereits sehnsüchtig einen Zug in Richtung Westen herbeiwünschen.<<

Mit der Anweisung Nr. 2 vom 4. September 1945 unterdrückte der Alliierte Kontrollrat bis etwa 1948 sämtliche Veröffentlichungen und Publikationen über die Vertreibungsverbrechen gegenüber den Deutschen (x025/201): >>... (Es dürfen keine Artikel gedruckt werden), die

eine Respektlosigkeit gegenüber den Besatzungsbehörden oder Mitgliedern der Vereinten Nationen darstellen.<<

Am 8. September 1945 schrieb der Lordbischof von Chichester an den Berliner Probst Grüber (x039/229): >>... Ich fühle die Unmenschlichkeit der Vertreibungen aufs Tiefste mit Ihnen und habe bereits über diesen Punkt im Oberhaus gesprochen, indem ich ausführte, daß die Entwurzelung von Millionen aus rassischen Gründen unvereinbar sei mit den Idealen, für welche die Vereinten Nationen gekämpft haben.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 15. September 1945 über die Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremke, Kreis Göttingen (x123/26-28): >>Mitte September 1945. Es geschehen schlimme Dinge an der Demarkationslinie. Die russischen Posten lassen illegal niemanden mehr passieren, schießen sofort und sind sehr grob geworden. Umgekehrt können sich die Engländer nicht erklären, warum diese vielen Menschen alle in ihr Gebiet wollen.

Jeden Abend, zwischen 21 und 22 Uhr, lassen die russischen Posten einen großen Schub - immer mehrere Tausend - durch. Der kommt dann mitten in der Nacht in Bremke an. Da auf Befehl der Militärregierung kein Deutscher ohne Erlaubnis seine Wohnung verlassen darf, kampieren die Flüchtigen irgendwo in Scheunen und Ställen, auf den Höfen und Fluren. Viele müssen sich aber einfach draußen wie die Tiere zusammenrollen und versuchen, etwas zu schlafen. Die Kälte treibt sie dann bald wieder hoch. ...

Ich sah, wie 2 Frauen sich gegenseitig an den Haaren rissen, schrien, weinten, sich widerwärtig beschimpften, weil eine von der anderen glaubte, sich beim Abtransport eine Reihe vorgedrängt zu haben.

Ich sah, wie eine Mutter mit einem winzigen Säugling im Straßengraben saß, verzweifelt dem Kind von Bauern erbettelte Milch einzuflößen versuchte. Vergebens. Diese kleinen Lippen würden nie mehr trinken. ...

Ich sah Hunderte von Menschen, Tausende, Abertausende in ihrer tiefsten Erniedrigung, dem größten Leid, in Elend, Not und Verzweiflung. ...

Ich sah Menschen ohne Hoffnung, ohne Glauben, ohne Liebe, ohne Ehrfurcht, ohne Gott. Ich sah, wie Männer zu Dieben wurden, Kinder zu Gesetzesbrechern, Frauen sich anboten und Mädchen ihre Unschuld verkauften.

Ich sah Menschen, von Menschen zu Tieren gepreßt, auf einer Stufe mit dem Vieh. Und doch unschuldig, ohne jede Schuld. Denn die Not, das nackte Gespenst übermenschlicher Bedrängnis, ließ sie Dinge tun, die zu verantworten einst andere aufgerufen werden.<<

Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" berichtete am 15. September 1945 (x044/197): >>... Im Widerspruch zur Potsdamer Deklaration, die diesen ungeordneten und unmenschlichen Massenvertreibungen von Deutschen Einhalt gebot, geht die Zwangsausweisung aus den Provinzen Ostpreußens, Pommerns, Schlesiens und Teilen von Brandenburg unverändert weiter.

Der Rat der Außenminister muß dieser entsetzlichen Tragödie ein Ende machen. Die vertriebenen Millionen sind praktisch ohne Nahrung und obdachlos. Die bewohnbaren Teile der großen Städte waren schon überfüllt, ehe sie kamen, und auf dem Land gibt es nur sehr begrenzte Möglichkeiten, sie unterzubringen.

Die unausweichliche Folge wird sein, daß Millionen an Hunger und Erschöpfung sterben werden. Die Deutschen haben zweifellos Strafe verdient - aber keine Tortur von dieser Art. Wenn die Polen und Tschechen als zivilisierter gelten wollen als die Nazis, dann müssen sie sofort mit der Vertreibung aufhören.<<

Die Briten ließen am 20. September 1945 auf dem Versuchsgut der Göttinger Universität in Friedland ein Grenzdurchgangslager für Flüchtlinge und Vertriebene errichten.

In der SBZ wurde am 24. September 1945 die "Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler" errichtet. Die Begriffe Flüchtlinge oder Vertriebene wurden später von den Sowjets verboten

(x024/201).

Die US-Militärregierung übertrug am 5. Oktober 1945 den deutschen Behörden die Aufnahme, Vertretung, Unterbringung und Ernährung der Flüchtlinge.

In einem "Merkblatt für Flüchtlinge", das am 5. Oktober 1945 in den britischen Auffang- und Grenzdurchgangslagern verteilt wurde, hieß es (x111/87): >>Sie befinden sich jetzt in der britisch besetzten Zone Deutschlands.

Helfen Sie den Behörden durch Befolgen der Anordnungen, damit Ihnen geholfen werden kann.

Sie werden zunächst registriert, ärztlich untersucht und desinfiziert.

Sie werden dann gepflegt und durch Sonderzüge oder Omnibusse in den Kreis gebracht, welcher Sie aufnimmt.

Nach Ankunft in Ihrer neuen Heimat müssen Sie sich melden bei Wohnungsamt, Polizeibehörde, Arbeits- und Ernährungsamt.

Ohne Befolgung dieser Anordnungen können Sie keine Lebensmittelkarten erhalten.<<

Robert D. Murphy (1894-1978, politischer Berater der nordamerikanischen Militärregierung) berichtete am 12. Oktober 1945 in einem Memorandum für das US-State Department über das Elend der deutschen Vertriebenen (x028/132,147-148): >>Allein auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin haben unsere Sanitätsdienststellen täglich im Durchschnitt 10 Menschen (Vertriebene) gezählt, die an Erschöpfung, Unterernährung und Krankheit gestorben sind. Sieht man das Elend und die Verzweiflung dieser Unglücklichen, spürt man den Gestank des Schmutzes, der sie umgibt, stellt sich sofort die Erinnerung an Dachau und Buchenwald ein. Hier ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken. ...

Daß im Sudetenland die Deportationen nicht fortgesetzt werden, liegt zum Teil an der Anwesenheit unserer Truppen, deren Kommandeure in freundlicher, aber fester Haltung den ansässigen Tschechen erklärt haben, daß gewisse Vorgänge im Namen der Menschlichkeit nicht geduldet werden können; dennoch haben sich rücksichtslose Räumungen ereignet, und zwar so häufig, daß unsere Soldaten oft Haß auf das befreite tschechische Volk empfinden. ...<<

>>... Unser Wissen, daß sie Opfer harter politischer Beschlüsse sind, die von äußerster Rücksichtslosigkeit und Mißachtung der Menschlichkeit durchgeführt werden, mildert die Wirkung nicht. Die Erinnerung an Massendeportationen stellt sich ein, von denen die Welt entsetzt war und die den Nazis den Haß eintrugen, den sie verdienten. Die Massendeportationen, die von den Nazis inszeniert wurden, haben zu unserer moralischen Empörung beigetragen, in der wir den Krieg wagten und die unserer Sache Kraft verlieh.

Nun ist die Sache umgekehrt. Wir finden uns in der scheußlichen Lage, Partner in diesem deutschen Unternehmen zu sein und als Partner unweigerlich die Verantwortung mitzutragen. Die Vereinigten Staaten kontrollieren allerdings nicht unmittelbar die Ostgebiete Deutschlands, durch welche diese hilflosen und ausgeraubten Menschen ziehen, nachdem man sie aus ihrem Heim gewiesen hat. Die unmittelbare Verantwortung liegt bei der polnischen provisorischen Regierung und in geringerem Maß bei der tschechischen ...

In Potsdam kamen die drei Regierungen überein, daß die Umsiedlungen in geregelter und humaner Weise durchgeführt und daß Polen und die Tschechoslowakei aufgefordert werden sollten, vorübergehend die Ausweisung von Deutschen einzustellen. Trotz offizieller Beteuerungen spricht doch alles dafür, daß man die beiden Punkte nicht beachtet hat, vor allem Polen nicht ...

Wenn die Vereinigten Staaten auch vielleicht keine Mittel haben, einen grausamen, unmenschlichen und immer noch fortgesetzten Prozeß aufzuhalten, so scheint es doch, daß unsere Regierung unsere in Potsdam klar dargelegte Einstellung unmißverständlich wiederholen könnte und müßte.

Es wäre sehr bedauerlich, wenn es einmal heißen sollte, daß wir an Methoden beteiligt gewesen seien, die wir bei anderen Gelegenheiten oft verdammt haben. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die "geregelt und humane Umsiedlung" der Deutschen (x028/146-147): >>... Es war eine "Tragödie ungeheuren Ausmaßes", wie Churchill es sagte, die sich in Ostmitteleuropa nach dem Kriege abspielte, eine Schande, für die es keine Rechtfertigung gibt.

Wenn sich polnische und tschechoslowakische Wissenschaftler auf Artikel XIII. des Potsdamer Protokolls zur Legalisierung der Vertreibung berufen, so muß ihnen heute grundsätzlich das Recht, sich darauf zu stützen, abgesprochen werden, da die damaligen Regierungen Polens und die Tschechoslowakei fortdauernd – vor allem in der kritischen Zeit unmittelbar nach Potsdam – gegen Geist und Buchstaben dieses Artikels verstoßen haben.

Es mag dahingestellt bleiben, ob die Umsiedlung einer Bevölkerung, wenn sie international beaufsichtigt, graduell und "in geregelter und humaner Weise" durchgeführt wird, mit den allgemein anerkannten Völkerrechtsnormen vereinbar ist. Doch eine Aussiedlung von Menschen, die von Ausschreitungen und Unmenschlichkeiten begleitet wird wie die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, stellt in jedem Fall eine ernste Verletzung des positiven Völkerrechts dar – ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit".

Man mag über die Möglichkeiten streiten, in der Umsiedlung ein Mittel zur Durchsetzung legitimer Zwecke zu sehen – wenn es etwa darum geht, einen Friedensschluß mit größerer Aussicht auf Dauer zu erreichen. Aber wenn solche Umsiedlungen über zwei Millionen das Leben kostet, dann verurteilt die Rechtswidrigkeit der Mittel unvermeidlich den Zweck.

Wenn damit in erster Linie natürlich ein Urteil über die Personen ausgesprochen ist, die in der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn und Rumänien die Vertreibungen veranlaßten und durchführten, bleibt es dennoch für einen heutigen Amerikaner eine beschämende Tatsache, daß die Westalliierten den "Aussiedlungen", wenn auch mit Vorbehalten zustimmten und so für Not, Elend und Tod von Millionen Menschen mitverantwortlich wurden. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 18. Oktober 1945 aus München (x124/52-53): >>Auf den ersten Blick wirkt das, was britische Zeitungen über uns schreiben, zurückhaltender als die Berichterstattung der Amerikaner. ...

Die Briten, Churchill obenan, spielen nun die Entsetzten. Zuerst waren sie es, die den Ausverkauf Europas bedenkenlos vorangetrieben haben. Plötzlich stellten sie fest, daß die Bestialität nun erst recht triumphiert, daß die abscheulichen Konzentrationslager der Nazis gegenüber den landweiten Grausamkeiten heute nur Enklaven der Unmenschlichkeit gewesen sind, daß die polnische Gans an Überfütterung ersticken werde.

All dies sind Sprüche, die sie der Mitverantwortung an den Schrecknissen von heute in keiner Weise entheben. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 8. November 1945 aus Bayern (x124/60): >>... Ausländer sind die Privilegierten im Lande. Deutsche werden von Haus und Heim verjagt. Sieger sitzen über Besiegte zu Gericht, aber Millionen werden im Osten zu Tode geschunden, Freiwild im eigenen Land. Niemand fragt danach.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 10. November 1945 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/30-31): >>Ein richtiges Lager ist entstanden, das Flüchtlingslager Friedland. Die Zelte sind englischen Wellblechbaracken gewichen. Noch nicht entlassene deutsche Kriegsgefangene und DRK-Schwesterinnen helfen den unendlich langen, kaum versiegenden und fast nie abreißenden Strömen von Flüchtlingen, hier ein erstes Unterkommen zu finden, sich etwas auszuruhen und möglichst auch einen Zug zu erreichen, der sie mitnimmt. Irgendwohin. In einem großen Schweinestall des Universitätsgutes ist eine Behelfsküche eingerichtet worden, in der Suppen und Kaffee gekocht werden. ...

Kein Dorf ist diesem Ansturm gewachsen. Der winzige Flecken Friedland erst recht nicht. ... Der erste Mensch wurde im Lager geboren, die ersten sind nun auch gestorben. In der Zeit vom 4. bis zum 10. November gab es nicht weniger als 5 Tote. Todesursache: Erschöpfungszustand, Herzschwäche, Fluchtstrapazen.

Bis hierher sind sie gekommen. Bis zu diesem fremden Ort, von dem sie nie in ihrer ostdeutschen Heimat gehört hatten, wurden sie von den müden und wunden Füßen geschleppt. Bis Friedland hatte das Herz alle Anstrengungen ungewohnter Art ertragen. Nun aber ging es nicht weiter. Der Tod kam und sagte "Halt". Niemand konnte sie nun jagen, wohin es gefiel. Niemand vermochte ihnen zu befehlen, das Bündel aufzunehmen und wieder weiter zu wandern, immer weiter. Wohin eigentlich? Keine Behörde und keine Uniform hat über diese mehr zu verfügen. Sie gehorchen einfach nicht mehr. Ein Stärkerer als alle Gewaltigen der Welt kam und nahm sie in seine Arme. Fast liebevoll. Als wollte er ihnen den weiteren, dornigen Weg ersparen.

Sie starben fern der Heimat, die sie so sehr geliebt hatten. Sie starben, kaum daß jemand Notiz nahm. Keine Zeitung meldete ihren Tod. Es wurde überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Denn sie waren Flüchtlinge, einfache Menschen irgendwo aus einer ostdeutschen Provinz.

... Sie wurden in Friedland beerdigt, als bereits lange alle Kanonen schwiegen, aber noch immer Siegesfeiern veranstaltet werden. ...<<

Die "Deutschland Abteilung" des britischen Foreign Office berichtete am 3. Dezember 1945 (x028/224): >>Genau so, wie wir in Potsdam von den Russen betrogen wurden, als sie behaupteten, daß nur anderthalb Millionen Deutsche östlich von Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollmission gemeldet wurden, selbst wenn man annimmt, daß bereits 5 Millionen nach Deutschland getrieben worden sind.

Wie man glauben kann, daß das Deutschland von heute diese verhungerte Bevölkerung von bis zu 14 Millionen Menschen aufnehmen kann, übersteigt meine Vorstellungskraft. ...<<

Der britische Philosoph Bertrand Russell berichtete am 8. Dezember 1945 im "New Leader" über die Massenvertreibung der Ostdeutschen (x044/197): >>Ohne Vorankündigung werden Frauen und Kinder zu den Zügen getrieben, jeder nur mit einem Koffer, der ihnen meistens noch geraubt wird. Die Bahnfahrt nach Berlin dauert Tage, Verpflegung gibt es keine. Viele sind tot, wenn sie in Berlin ankommen. Kinder, die unterwegs sterben, werden aus dem Fenster geworfen. ...

Bergen-Belsen noch einmal - Tote werden auf rohen Pritschenwagen weggekartt. ... Ein großer Teil der von Haus und Hof Vertriebenen wird nicht mit der Bahn abtransportiert, sondern muß zu Fuß nach Westen wandern. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 16. Dezember 1945 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/31-32): >>16. Dezember 1945: Es ist Winter - und immer noch das gleiche Bild. In Friedland, in Bremke - an der "Grenze", wie man jetzt hier sagt - kommen immer neue Flüchtlinge an. Jede Woche, jeden Tag, ja jede Stunde. 19 Wellblechbaracken stehen nun auf dem feuchten Wiesengrund. Ohne Dielen, denn Holz ist knapp. Und die Menschen frieren jämmerlich.

Alle Personen, die Friedland durchlaufen, werden registriert, erhalten einen Meldeschein, kommen zum Arzt und müssen sich entlausen lassen. Im Lager ist eine richtige Verwaltung entstanden. Es gibt auch bereits einen Lagerleiter. Ständig kreischt ein Lautsprecher irgendwelche Namen von Gesuchten. Das betreuende Personal ist um diese Stellung nicht zu beneiden. Nerven gehören dazu. Und wer hat die noch? Nach solchen Jahren.

Täglich werden 2 Sonderzüge der (britischen) Militärregierung eingesetzt, um die Menschen in Richtung Westen oder Norden zu bringen. Aber an Ruhr und Rhein ist der Hunger schlimmer als in den landwirtschaftlichen Gebieten Norddeutschlands. Deshalb wollen die Englän-

der niemanden mehr in die zerbombten Städte lassen. Durch den Wald von Verordnungen gibt es jedoch immer irgendwo einen Durchschlupf.<<

Papst Pius XII. forderte die Siegermächte am 24. Dezember 1945 auf, die Vertreibung der Deutschen rückgängig zu machen (x024/219): >>... Daher richten wir an die Staatsmänner, die über die Geschicke der Menschheit entscheiden, die dringlichste Bitte, den Millionen vertriebener Deutscher ihr Land und ihre Heimat wieder zurückzugeben und sie vor der Verzweiflung zu retten.<<

Papst Pius XII. kritisierte ferner kollektive Strafuweisungen (x025/157): >>... Ich habe ein reines Gewissen, ich bin frei von Schuld? Zweierlei Gewicht und zweierlei Maß: beides ist dem Herrn ein Greuel.

Wer also Sühne für Schuld verlangt, durch gerechte Bestrafung der Verbrecher nach dem Maß ihrer Verbrechen, muß peinlich darauf achten, daß er nicht das Gleiche tue, was er den anderen als Schuld oder Verbrechen vorhält. ...<<